



Zweites ostseeweites CBSS NGO FORUM in St.Petersburg



von rechts nach links: Jelle Degen (CBSS-Menschenrechtskommissar), Satu Mattila (finnisches Außenministerium), Dr. Hans-Juergen Heimsoeth (Auswärtiges Amt), Yevgenij Makarow (Bezirk Petersburg), Esa Markanen (Nordischer Rat), Irena Potekhina (Stadt St.Petersburg), Darja Akhutina (NGO NORDEN, St.Petersburg). Am Podium: Alexey Obukhov, russisches Außenministerium.



Strahlend sonnige Frühlingstage und eine schon für den 200-jährigen Städtegeburtstag herausgeputzte russische Ostseemetropole erwartete die internationalen TeilnehmerInnen in diesem Frühjahr. Mit dem zweiten ostseeweiten Treffen der Nichtregierungsorganisationen am 19./20. April 2002 in St.Petersburg fand der unter deutscher Ostseeratspräsidentschaft 2001 angestossene Diskussions- und Vernetzungsprozess eine Fortsetzung. Einige wichtige Erkenntnisse auch für die Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten versuchen wir an dieser Stelle zusammenzufassen. Eine Reise nach St.Petersburg, und das in der touristischen Vorsaison Mitte April, ist nicht einfach zu organisieren. Und wer würde sich schon wegen recht abstrakter Schlagworte („NGO-Kooperation“) so viele Mühen auf sich nehmen?

Aber halt – bei genauerem Hinschauen entpuppt sich manches spannende Moment bei diesem Projekt. Ein Treffen, angeboten und organisiert von russischen Nichtregierungsorganisationen selbst, als offenes Diskussionsforum? Wann hat es das eigentlich jemals gegeben! Menschenrechte, Umweltschutz, Kultur, Soziale Fragen – nicht nur als Objekt von ministerialen und bürokratischen Gremien, sondern auch als Anlass von Treffen zwischen Initiativen, Aktions- und Projektgruppen, Vereinen und Verbänden?

Warum müssen sich die Nichtregierungsorganisationen überhaupt erstmal wieder auf ihre Möglichkeiten zur Kooperation besinnen? Haben nicht viele von ihnen bereits in den 80er und 90er Jahren als erste die Chancen der neuen Kontakt- und Kooperationsmöglichkeiten genutzt und bereits damals Austausch und Partnerschaften in Gang gebracht? Wohl war, aber zwischendurch ist einiges passiert. Gerade in Deutschland haben es die möglichen Förderer solcher Projekte später vorgezogen, lieber die eigene Wirtschaft oder abstrakte politische Diskussionen zu fördern, bei denen die Beteiligungsmöglichkeiten für BürgerInnen und Bürger nicht besonders hoch war – wer Geld hat oder Macht hat, ist auch gerne Partner. Wer den Anschein erweckt, zur „Führungselite“ zu gehören, wird eben lieber eingeladen, als Menschen, deren Interessen geringe oder unsichere Durchsetzungschancen im eigenen Lande haben.

Ab Mitte der 90er Jahre war es vielfach US-amerikanisches Geld, das in Unterstützungsmaßnahmen zum Aufbau der Zivilgesellschaft floss. Ob USAid, Peace Corps, oder das Sponsorenetz eines George Soros, - heute gibt es in den drei baltischen Staaten NGO-Unterstützungszentren, die Anlauf-

stellen bilden für nahezu alle Bereiche von Interessengruppen. Dazu kommen die Projekte des nordischen Rats und der nordischen Staaten, die ebenfalls sehr gezielt „Informationsbüros“ in vielen Gemeinden aufbauten und dabei die Ressourcen von Nichtregierungsorganisationen nutzten. Wo dieses Netz der Kooperationen löchrig blieb, ist auf der südlichen Seite der Ostsee – vor allem in Deutschland.

Zwar gibt es heute unzählige Initiativen, die ihre Kontakte und Partnerschaften entwickelt haben (siehe auch das von INFOBALT mit herausgegebene „Handbuch Baltikum-Kontakte“, FIBRE-Verlag 2001). So vielfältig einerseits das Bild aussehen mag – und letzteres liegt auch an der typisch föderalen Struktur der Bundesrepublik – so wenig klare Orientierungslinien gibt es. Die sind woanders zu finden: Längst haben sich die Interessenverbände der Wirtschaft vernetzt und unterhalten Informationsdienste, Repräsentanzen, und Kontaktstellen. Für EU-Projekte im Bereich Wirtschaftsförderung werden Millionen Euro ausgegeben, es werden Messen und Konferenzen veranstaltet. Drum herum siedelt sich gern die Schar der Berater, Consultants und Gutachter an, die es braucht, um überhaupt das nahezu ausschließlich im großen Maßstab ausgeschüttete EU-Geld erst mal zu beantragen und deren Verwendung nachzuweisen. Zusammen mit den hin- und herreisenden politischen Beamten, Kommissionsmitgliedern und Verwaltungsspitzen ein riesiger Wasserkopf, der in den letzten Jahren die Ziele der Ostseekooperation manchmal hat verblasen und unkenntlich werden lassen.

„Wir sind ja wohl nicht mehr gemeint“ – das sagen sich oft diejenigen, die sich um weniger profitable und imagefördernde Projektarbeit kümmern. Soziale, ökologische, kulturelle Initiativen machen regional gute Arbeit, bekommen aber schon in ihrem eigenen Land kaum Anerkennung. Menschenrechtsgruppen ernten manchmal Schlagzeilen der internationalen Presse – wirkliche Förderungsmöglichkeiten gibt es für diese Bürgergruppen aber nicht. An der Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen für gemeinnützige Projekte arbeiten aber die NGO-Zentren: sowohl in Lettland wie auch in Litauen sind Gesetzesvorlagen ausgearbeitet, welche die rechtliche Stellung von NGOs absichern und Steuererleichterungen vorschlagen (oft werden gemeinnützige und kommerzielle Tätigkeit gleichgestellt).

Direkte Kontakte fördern, Bürokratisierung vermeiden, internationale Vernetzung stärken

Im Jahr der deutschen Ostseeratspräsidentschaft 2000/2001

wurde es deshalb allgemein begrüßt, dass die NGO-Kooperation im Ostseeraum thematisiert wurde. Schließlich steht spätestens mit der Aufnahme von Polen, Litauen, Lettland und Estland in die Europäische Union eine Neuausrichtung auch der internationalen Zusammenarbeit an: Von der gewohnten Ost-West-Ausrichtung wird die Ostsee zum europäischen Binnenmeer. Gleichzeitig schält sich mit Kaliningrad und Russland ein Sonderstatus heraus: Russland muss in neue, gemeinsame Programme eingebunden bleiben, um keine gefährlichen Grauzonen des Verständnisses und der Kooperation entstehen zu lassen, und die Zukunft Kaliningrads wird zur ersten Priorität. Dies alles passiert unter dem Vorzeichen der fortschreitenden Globalisierung, die das Gefühl der Entfremdung der Menschen von den eigentlich dominierenden Kräften und Dynamiken hervorrufen könnte. Partizipation ist also nicht nur ein Schlagwort – sondern für die demokratische Entwicklung der Region sind Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an entscheidungsvorbereitenden Prozessen ein ausschlaggebendes Element.

Die ersten Ansätze für neue Ideen kamen allerdings eher hinkend daher: 2001 war der Veranstalter des großen NGO-Treffens in Lübeck das Auswärtige Amt. In diesem Jahr aber – und das ist die wirklich anerkennenswerte Leistung der russischen NGOs – haben sich die Organisationen selbst zusammengetan und sogar trotz eines Beschlusses des amtierenden Ostseeratsvorsitzes (Russland), die NGO-Netzwerke NICHT zur Priorität zu erheben, sich um die Organisation eines internationalen Treffens gekümmert.

Russland – Vorreiter der Demokratisierung?

Als Ergebnis aller Anstrengungen kamen im April 2002 über 300 VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen zusammen, um in den Bereichen Umweltschutz, Menschenrechte und Soziale Fragen auszutauschen. Dazu kam – wie auch schon letztes Jahr in Lübeck – ein spezieller Arbeitskreis zur Zusammenarbeit zwischen NGOs, Regierungsstellen und der Wirtschaft. Doch Illusionen hatten nur wenige: Allein die Durchführbarkeit eines solchen internationalen Treffens mit offener Teilnahmemöglichkeit für alle Interessierten war eine kleine Sensation. Zur Erinnerung: Die deutsch-russischen Gipfeltreffen (Petersburger Dialog bzw. Weimarer Gespräche) zwischen Putin, Schröder und einem ansonsten handverlesenen Kreis ließen es bisher noch in keinem Fall zu, VertreterInnen von NGOs dazu einzuladen. Da, wo bisher also „Zivilgesellschaft“ oder gar „Dialog“ darübersteht, da sitzen die Betroffenen noch nicht mal mit am Tisch.

Als nächste realistische Einschätzung müßte eine genaue Betrachtung des Begriffs „NGO“ vorangestellt werden: in jedem Ostseeanrainerstaat sind die gesetzlichen Grundlagen, die Rahmenbedingungen und die Begriffsbestimmungen unterschiedlich. Sind zum Beispiel in Deutschland Partei-

gliederungen und deren Nachwuchsorganisationen ausdrücklich nicht einbezogen, so ist das in anderen Ländern durchaus der Fall. Oder: Müssen in Deutschland mindestens sieben Personen eine Satzung in Übereinstimmung mit dem Vereinsrecht verabschieden, um eine neue NGO gründen zu können, geht das mancherorts sonst weniger formal oder gar ganz ungeordnet zu. Einzig Litauen hat vor kurzem ein Gesetz ins Parlament eingebracht, dass die Rolle, die Funktion, den Status und die Aufgaben von NGOs definieren soll.



mit mehr als 300 NGO-Aktiven verzeichnete das NGO FORUM St. Petersburg eine Rekordteilnehmerzahl

Der „Mythos“ NGO – attraktiv oder abschreckend?

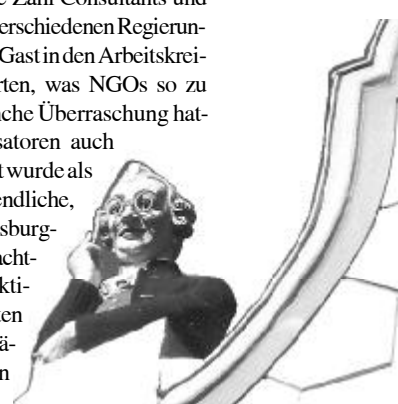
Ein weiterer Aspekt der NGO-Arbeit erzeugt noch weit mehr Mißtrauen: Die möglichen kommerziellen Interessen. Ist es im Grundsatz manchmal schon schwer vermittelbar, warum ideale Ziele ohne kommerzielle Hintergedanken irgendwie „lohnend“ sein können, dann wird es in den Ländern, die sich mitten im wirtschaftlichen Umbruch befinden, noch ungleich schwieriger. Dort, wo sich soziale Gegensätze so krass auf tun, dass die Hilfesuche sich bergeweise auf den Schreibtischen der Neureichen stapeln, scheint das Verlangen der Geschäftswelt naheliegend: Wenn wir was für euch tun, muss auch für uns etwas (profitables) dabei rausspringen.

Dem gegenüber stehen natürlich andererseits viele industrielle Aktivitäten, die sich weniger oder gar nicht um die möglichst nachhaltig umwelt- und sozialverträgliche Entwicklung der Region kümmern: Sozialdumping, Zerstörung von Biotopen und Naturressourcen, Abbau von Arbeitsplätzen, Import von Billigprodukten schlechter Qualität, Herstellung umweltbelastender Produkte oder Gebrauch veralteter Produktionsweisen auf Kosten der Menschen und der Natur der Region sind da nur Beispiele.

Spontane „Verbrüderungen“ von Seiten der NGOs mit der Wirtschaft waren also nicht zu erwarten. Dennoch war es interessant zu beobachten, dass russische NGOs es zumindest schaffen, Vertreter heimischer Firmen mit zu den Arbeitskreisen des CBSS NGO FORUMS mit einzuladen. Hinzuzurechnen sind dann noch eine gewisse Zahl Consultants und Berater, die im Auftrage der verschiedenen Regierungen bzw. deren Institutionen Gast in den Arbeitskreisen waren und eifrig notierten, was NGOs so zu besprechen haben. Und manche Überraschung hatten die russischen Organisatoren auch noch vorbereitet: Dargestellt wurde als Beispiel eine Aktion für Jugendliche, die in einem bekannten Petersburger Nachtclub stattfand. Ein Nachtclub als Bühne für NGO-Aktivitäten? Warum nicht, mußten sich die westeuropäischen Gäste eingestehen, wenn denn



eine „zünftige“ Begrüßung gab es gleich zum Aufakt von einer Petersburger Militärkapelle



dort sich die Jugend der Stadt begegnet – warum nicht mal auch unter anderen Vorzeichen? Dem russischen Unternehmer übrigens wurde die Genehmigung der Aktivität durch Vermittlung von Kontakten zum schwedischen Musikbusiness schmackhaft gemacht.

Der Versuch der Menschenrechts-Kommissarin des Ostseerats, der Dänin Helle Degn, anlässlich des Petersburger NGO FORUMS einen ausführlichen Bericht zu den Arbeitsgrundlagen, Chancen und Perspektiven der NGO-Arbeit in den betroffenen Ländern vorzulegen, musste leider scheitern: die Vorbereitungszeit von nur vier Monaten auf eine entsprechende Untersuchung erwies sich als zu kurz. So berichtete Frau Degn dann lieber von ihren Erfahrungen, und schrieb dabei sowohl Regierungen wie NGOs einiges ins Stammbuch (ihr vollständiger Redetext ist auf www.cbss-ngo.de zu lesen).

Wie geht es weiter?

In Ermangelung weiterer Fördermöglichkeiten hatte das deutsche Auswärtige Amt die Beteiligung deutscher NGOs am NGO FORUM in St.Petersburg gefördert. Für die Zukunft müssen aber andere Möglichkeiten gefunden werden.

Anlässlich der letztjährigen NGO Konferenz in Lübeck war noch viel von dem „bewährten deutschen Stiftungswesen“ die Rede gewesen. Langfristige Projektpartnerschaften gibt es jedoch auf dem Gebiet der NGO-Netzwerkarbeit bisher nicht. Immerhin förderte die Heinrich-Böll-Stiftung ein Treffen deutscher NGOs zur Ostseekooperation im Herbst 2001, und in dessen Folge konnten die grundlegenden Arbeiten für die gemeinsame Webseite und auch für die Herausgabe eines Materialienheftes (Ostsee-Reader) finanziert werden. Sowohl hier wie auch bezüglich der Kooperation mit möglichen anderen Partnern ist die Weiterführung aber bisher offen.

Eine Perspektive gibt es aber auf jeden Fall: Finnland übernimmt ab Juli 2002 die Ostseeratspräsidentschaft und hat bereits versprochen, die NGO-Netzwerkarbeit dann wieder zum offiziellen Schwerpunkt zu machen. Der nächste Termin des 3. NGO FORUMS 2003 steht bereits:

Am **8.-11. Mai 2003** treffen sich die NGOs der Ostseeregion im finnischen **Turku**. Dazu wird es Vorbereitungstreffen geben, und auch die deutsche NGO-Initiative wird sich Gedanken über Arbeitsschwerpunkte machen müssen.



die Arbeitsergebnisse werden zusammengetragen

Zunächst aber steht der Aufruf zur Mitarbeit: Weitere Organisationen sollen und können sich anschließen, damit das Netz der Kooperationen auch in Deutschland so dicht geknüpft bleibt!



Unterstützen Sie unsere Ostseearbeit!

NGO INITIATIVE OSTSEEKOOPERATION, c/o INFOBALT, Helgolander Str. 8, 28217 Bremen; Email: >post@cbss-ngo.de<, Internet: >www.cbss-ngo.de<.

Für die Ostsee-Netzwerkarbeit müssen zusätzliche Mittel mobilisiert werden, damit die notwendigen Informationen zum Thema aufgearbeitet und an alle Interessierten und NGOs weitergegeben werden können.

**Spendenkonto:
Sparkasse Bremen, BLZ 290 501 01
Kto. 108 694 69**

